

# Ein Denkmal aus Papier: Einführung

Henning Borggräfe,  
Christian Höschler,  
Isabel Panek

Unter nationalsozialistischer Herrschaft wurden von 1933 bis 1945 in Deutschland und den im Zweiten Weltkrieg besetzten Staaten Millionen von Menschen verschleppt und ermordet. Zu den Opfern zählten Juden, Sinti und Roma, politische Gegner\*innen, Menschen mit Behinderung, Homosexuelle, soziale Außenseiter, ausländische Zwangsarbeiter\*innen und viele andere. Für die Suche nach Vermissten und die Klärung von Schicksalen entstand seit der frühen Nachkriegszeit in Arolsen die weltweit umfassendste Sammlung zu den Opfern der NS-Verbrechen. Kilometer um Kilometer stehen Akten, Karteikarten und Listen in Regalen aneinandergereiht: Millionen von Dokumenten zu Opfern des Holocaust und Häftlingen der Konzentrationslager, zu ausländischen Zwangsarbeiter\*innen und den Überlebenden. Mehr als 50 Millionen Karten umfasst allein die *Zentrale Namenkartei*. Und in über drei Millionen Fallakten lagert die Korrespondenz zu Schicksalen einzelner Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Die Sammlungen der *Arolsen Archives*, angelegt für den *International*

*Tracing Service* (ITS) und gewachsen durch dessen jahrzehntelange Such- und Dokumentationstätigkeit, sind ein besonderer Erinnerungsort: *ein Denkmal aus Papier*.

Die Ausstellung über die Geschichte der *Arolsen Archives* stellt das Papier in den Mittelpunkt, weil so drei zentrale Perspektiven adressiert werden können, die eine systematisch-chronologische Erzählung überspannen. Das Papier steht *erstens* für die kaum fassbaren Dimensionen der NS-Verbrechen und macht sie zugleich im Konkreten greifbar: in ungezählten Einzelschicksalen, die von Verfolgung, Verschleppung, Ermordung aber auch von Überleben, Wiederfinden und Neuanfang berichten. Für viele Angehörige steht dieses Papier für Erinnerung. Es enthält mehr als „nur“ Informationen – oft die letzte Lebensspur der verlorenen Liebsten.

Das Papier zeugt zugleich *zweitens* von den vielschichtigen Folgen und Auswirkungen der NS-Ver-

brechen, für die Einzelnen wie gesellschaftlich: vom Weiterleben mit Ungewissheit oder dem Verlust von Angehörigen, der Suche nach einer neuen Heimat, schweren Verletzungen und existenziellen Nöten, Unterstützung und Anerkennung, aber vielfach auch fortdauernder Ausgrenzung. Die Suche und Dokumentation war eines der Felder, auf dem nach 1945 die Auseinandersetzung über den Umgang mit den NS-Verbrechen geführt wurde: zwischen den Alliierten und Deutschen, in zähen Kämpfen um die juristische Ahndung der Verbrechen und die Entschädigung in den ersten Nachkriegsjahrzehnten, aber auch in neuen gesellschaftlichen Aufarbeitungsbestrebungen und Entschädigungswellen seit den 1980er Jahren.

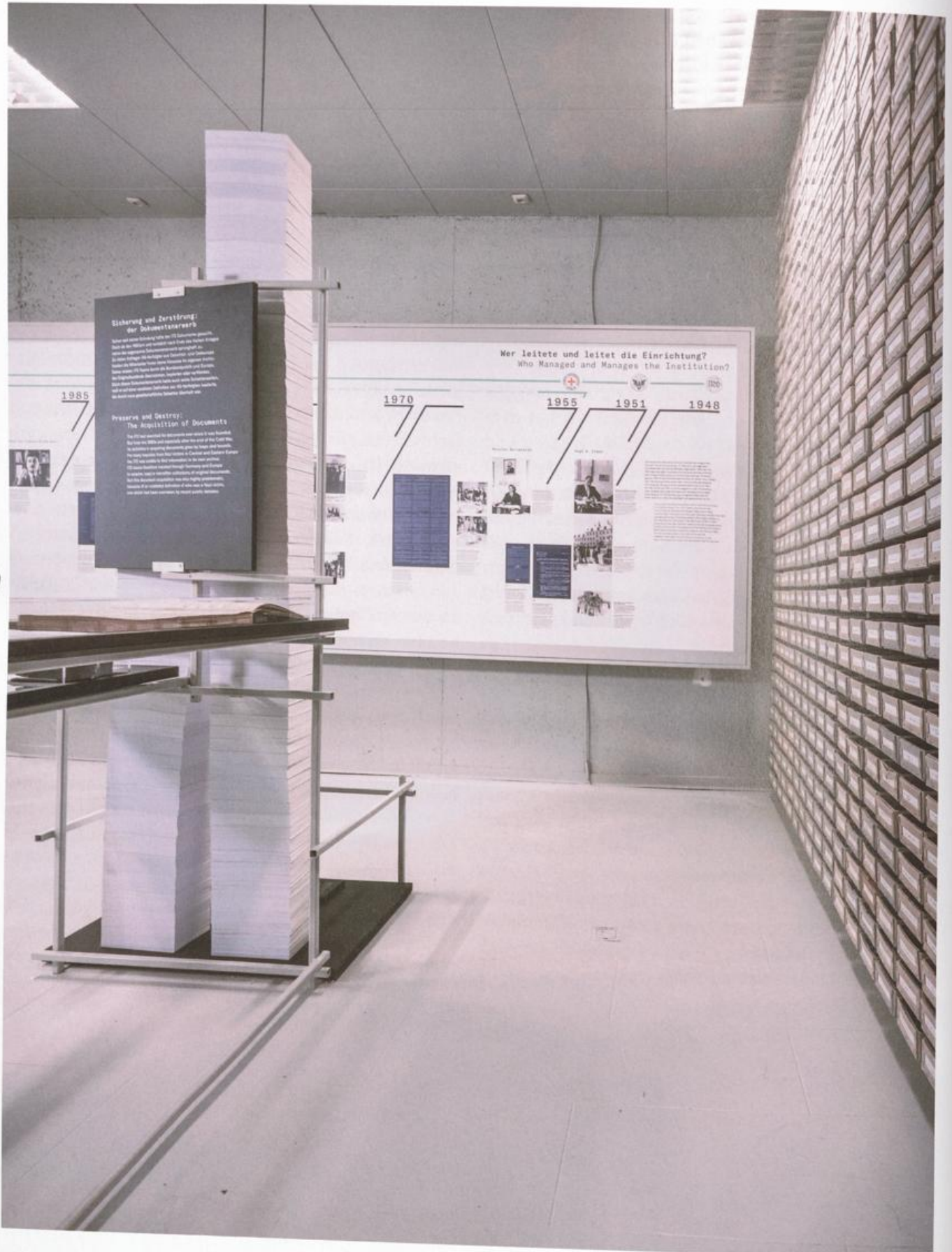
Eine *dritte* Perspektive lässt schließlich den tiefgreifenden Wandel erkennen, dem der Umgang mit dem Papier unterlag. Die einst für die NS-Verfolgung und die alliierte Hilfe genutzten Dokumente bildeten über Jahrzehnte alltägliche Arbeitsmaterialien des ITS und wurden hierfür auf vielfältige Weise bearbeitet, beispielsweise durch eine spezielle Sortierung oder Beschriftung. Doch zunehmend erhielten sie auch einen erinnerungskulturellen Stellenwert, der nicht nur in einem wachsenden Nutzungsinteresse durch Gedenkinitiativen, Forscher\*innen oder Journalist\*innen, sondern seit 2013 auch im neuen Status der Sammlungen als Teil des UNESCO-Weltdokumentenerbes zum Ausdruck kommt. Die konkrete Arbeit mit den Dokumenten und Fragen des Zugangs sind daher ein wichtiger Teil der Erzählung.

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der *Arolsen Archives* erhellt nicht allein, wie sich die Vermisstensuche und Schicksalsklärung entwickelten, und wie hierüber das einzigartige *Denkmal aus Papier* entstand. Sie erzählt zugleich auch vom Wandel im Umgang mit historischen Zeugnissen sowie mit den Opfern der nationalsozialistischen Verbrechen.

### *Frühe Suche und Dokumentation*

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs sahen sich die Alliierten mit einer humanitären Krise konfrontiert, deren Ausmaß ohne historischen Vorläufer war: Als Folge der NS-Verbrechen wurden Millionen Menschen vermisst – von Familien und Freunden, aber auch von den Regierungen der Herkunftsländer. Die Suche nach den Vermissten und die Klärung ihrer Schicksale entwickelten sich zu einer wichtigen Aufgabe, sie war allerdings strikt nach Freund und Feind getrennt. Für deutsche Kriegsoffer und -gefangene, Flüchtlinge und Vertriebene entstanden separate Suchstrukturen, während die Alliierten die Opfer der NS-Verfolgung ins Zentrum stellten. Doch trotz historischer Vorläufer – bereits im Ersten Weltkrieg waren beim *Internationalen Komitee vom Roten Kreuz* in Genf Strukturen der Vermisstensuche entstanden, vor allem für Kriegsgefangene – verlief dieser Prozess zunächst schleppend. Die ersten Nachkriegsjahre prägte ein Nebeneinander zahlreicher Akteure, die sich der Suche, Schicksalsklärung und Dokumentation parallel und auf unterschiedliche Weise annahmen.

Zu den frühesten Aktivitäten zählten die der Überlebenden selbst. Viele verharrten nach 1945 weder in Schweigen noch in Passivität. Befreite Häftlinge des KZ Dachau etwa gründeten das *International Information Office* (IIO). Auf Basis von KZ-Unterlagen, die die Häftlinge kurz vor der Befreiung selbst sichergestellt hatten, stellte das IIO Inhaftierungsbescheinigungen aus. So konnten die Überlebenden und Hinterbliebenen Fürsorgeleistungen erhalten, etwa Lebensmittel oder Kleidung. Darüber hinaus verfassten Mitarbeiter\*innen des IIO eine der ersten Geschichten des Lagers und wirkten an einem Gedenkbuch mit, welches die Namen der Toten dokumentierte. Für Mitarbeiter\*innen wie Walter Cieślik, Leiter des IIO und zuvor politischer Häftling, war diese Arbeit Ausdruck gelebter



Solidarität mit ehemaligen Mithäftlingen und ihren Familien. Trotzdem war das Handeln der Überlebenden beschränkt; das IIO wurde durch Vorgaben der US-amerikanischen Militärregierung eingeschränkt und bereits 1946 wieder aufgelöst.

Auch bereits etablierte Hilfsorganisationen beteiligten sich an der Vermisstensuche. Ein Beispiel ist das *American Jewish Joint Distribution Committee* (AJDC), eine jüdische Hilfsorganisation, die bereits 1914 gegründet worden war. Im Gegensatz zum IIO in Dachau war die Arbeit des AJDC nicht lokal beschränkt: In ganz Europa und Übersee unterhielt die Organisation Suchbüros, die Informationen zu Opfern und Überlebenden des Holocaust austauschten, um Suchfälle international zu klären. Obwohl das AJDC somit eine wichtige Rolle bei der frühen Suche einnahm, war das Vorgehen innerhalb der Organisation uneinheitlich: Einzelne AJDC-Büros beteiligten sich in unterschiedlichem Maße und entwickelten eigene Suchmethoden, was der Effizienz der Arbeit nicht immer zuträglich war. Trotzdem gelangen dem AJDC vielfach die Zusammenführung von Vermissten und die Sicherung wichtiger Beweisdokumente.

Neben den Hilfsorganisationen und kleinen Initiativen der Überlebenden hatten die Alliierten schon ab 1943 Ideen für ein einheitliches Suchsystem entwickelt. Als erste größere Institution entstand hieraus im Herbst 1945 das *Central Tracing Bureau* (CTB) unter Leitung der *United Nations Relief and Rehabilitation Administration* (UNRRA), der größten und wichtigsten Hilfsorganisation der Nachkriegszeit. Im besetzten Deutschland hatte das CTB zunächst in Frankfurt-Höchst seinen Sitz; Anfang 1946 wurde es ins nordhessische Arolsen verlegt, in erster Linie aufgrund der geografisch günstigen Lage zwischen den vier Besatzungszonen sowie einer vom Krieg kaum zerstörten Infrastruktur. Schnell bezog das Suchbüro mehrere

Gebäude, darunter das Neue und Alte Schloss sowie das zuvor von der SS genutzte Kasernengelände. Parallel zum CTB in Arolsen betrieben die Alliierten in den Besatzungszonen aber auch eigene Zonensuchbüros. Eine ihrer Aufgaben war die Dokumentensicherung und -sammlung, wozu zur Jahreswende 1945/46 im Rahmen einer groß angelegten Ausländersuchaktion Befehle und Anordnungen an deutsche Stellen ergangen waren. Neben Unterlagen aus den KZ bildeten Aufstellungen von Polizei, Justiz, Kommunalverwaltungen und andere Stellen eine wichtige Basis für die Suche und Schicksalsklärung. Die Kommunikation erfolgte teils über das CTB, oft aber auch direkt mit zahlreichen nationalen Suchbüros. Die Aktivitäten des CTB in Arolsen beschränkten sich hingegen über weite Strecken auf die übergreifende Koordination der Suche sowie die Umverteilung von Anfragen. Somit handelte es sich beim CTB zwar bereits um eine groß angelegte Suchstruktur, doch gleichzeitig eher um ein dezentrales Netzwerk, das lange Kommunikationswege aufwies und nicht immer effizient funktionierte.

Als die mit einem zeitlich begrenzten Mandat ausgestattete UNRRA ihre Arbeit in Europa Mitte 1947 weitgehend einstellte, war die Frage nach der Zukunft des Suchdienstes in Arolsen offen. Allen Beteiligten war jedoch klar, dass die Vermisstensuche noch Jahre in Anspruch nehmen würde. Mit der Übernahme der Einrichtung durch die *International Refugee Organization* (IRO), der Nachfolgeorganisation der UNRRA bei den Vereinten Nationen, erfolgte Anfang 1948 eine Umbenennung des CTB zum ITS: *International Tracing Service*. Damit begann auch ein Prozess der Neuorganisation. Die Zonensuchbüros wurden der Reihe nach aufgelöst, und dort verwahrte Dokumente sowie Mitarbeiter\*innen nach Arolsen verlegt. Dies schuf die Grundlage für eine zentral organisierte Suche ebenso wie für das heutige Archiv. Bezeichnendes Merkmal dieser Zentralisierung war auch, dass

zahlreiche Dokumente anderer Suchstellen, darunter die des IIO Dachau und Unterlagen von AJDC-Büros, ebenfalls nach Arolsen abgegeben wurden.

Die späten 1940er Jahre brachten dann eine Professionalisierung und starke Ausweitung der Aktivitäten der noch jungen Einrichtung. Mit dem Schweizer Maurice Thudicum, erster Direktor des ITS, stand nun ein Suchexperte an der Spitze, der zuvor schon beim Roten Kreuz in Genf Suchaktivitäten geleitet hatte. Und auch hinsichtlich der internationalen Einbettung kam es zu einer wichtigen, die Suche jedoch hemmenden Veränderung: Vor dem Hintergrund des wachsenden Konflikts mit den Westmächten beteiligte sich die Sowjetunion nicht am ITS. Der Austausch von Anfragen und Dokumenten zwischen Ost und West brach damit ein.

Die Zahl der ITS-Mitarbeiter\*innen stieg derweil stark an: von 80 Personen 1945 auf 1.758 vier Jahre später. Die frühen Mitarbeiter\*innen kamen aus über 20 Ländern und umfassten neben alliierten Militärs und Zivilisten auch viele Displaced Persons (DPs), also Menschen, die nach der Befreiung aus den Lagern und der Zwangsarbeit in ihre ehemalige Heimat zurückkehren oder aber eine neue finden wollten. Beim ITS waren sie in einem eigenen Camp auf dem ehemaligen Kasernengelände in Arolsen untergebracht. Jedoch beschäftigte der ITS bald auch ortsansässige Deutsche, was immer wieder zu Spannungen führte, weil sich unter ihnen auch Männer befanden, die in der SS oder anderen NS-Einheiten aktiv gewesen waren. Als Anfang der 1950er Jahre die Vergangenheit der Mitarbeiter\*innen überprüft wurde, gab es mindestens 45 Entlassungen. Als die meisten DPs in den 1950er Jahren auswanderten, folgten dann jüngere ortsansässige Quereinsteiger\*innen, denen historische und archivische Kenntnisse fehlten. Sie wurden aber durch jahrzehntelange arbeitsteilige Tätigkeiten

zu hochspezialisierten Kennern bestimmter Teile des ITS-Archivs.

Die erste Hälfte der 1950er Jahre brachte zudem wichtige organisatorische Weichenstellungen: 1951, als auch die IRO ihre Arbeit einstellte, fiel die Leitung des ITS kurzzeitig an die alliierte *High Commission for Occupied Germany* (HICOG). Unter deren Repräsentant Hugh G. Elbot, der den ITS jetzt leitete, erfolgten neben einer noch stärkeren Westbindung – in einer Rede bezeichnete er die Einrichtung als „Schaufenster der Demokratie“ – auch die Einstellung vieler Aktivitäten und eine starke Reduzierung des Personals. Der Suchdienst agierte fortan primär als Auskunftsstelle.

Doch auch die HICOG-Leitung war nur eine Übergangslösung, weil die HICOG mit dem Ende der Besatzungszeit selbst abgewickelt wurde. Eine Übergabe der Sammlungen an die Deutschen sahen jedoch viele Verfolgtenverbände und auch Elbot kritisch. In dieser Situation bot sich das IKRK als neutrale Organisation mit einschlägigen Erfahrungen für die Leitung an. Mit den Bonner Verträgen, 1955 unterzeichnet von Bundeskanzler Adenauer, IKRK-Präsident Paul Rieger und Repräsentanten westlicher Staaten, erhielt das IKRK die Leitung des ITS übertragen und stellte fortan die Direktoren. Ergänzend wurde ein *Internationaler Ausschuss* gebildet, der als Aufsichtsorgan fungieren und den Schutz der Sammlungen garantieren sollte. Als Kernaufgaben des ITS benannten die Bonner Verträge das Sammeln, Ordnen, Aufbewahren und Zugänglichmachen der Dokumente. Hiermit war ein institutioneller Rahmen gefunden, der bis 2012 bestehen bleiben sollte.

### Suchtechniken und Auskünfte

Die Suchtechniken und Auskünfte haben sich über die Jahrzehnte stark gewandelt. Anfangs konzentrierte sich die Arbeit auf die Suche nach vermissten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Ab Mitte der 1950er wurde der ITS dann auch zur zentralen Anlaufstelle für Behörden, Gerichte und Anwält\*innen von NS-Verfolgten, die vor allem für eine Entschädigung, aber auch für Ein- und Auswanderungsverfahren, Einbürgerungsfragen und Rentenansprüche dokumenten-gestützte Auskünfte benötigten.

Bei der täglichen Arbeit konnte sich der ITS zum Teil auf Wissen und Techniken stützen, die zuvor schon in Genf angewandt worden waren. Doch zugleich mussten angesichts der Ausmaße der NS-Verbrechen neue Verfahren entwickelt werden. Die Suche nach NS-Verfolgten umfasste in der unmittelbaren Nachkriegszeit die folgenden Schritte: den Aufbau und die Suche in einer *Zentralen Namenkartei* (ZNK) und die damit verbundene Recherche in den gesicherten Dokumenten über die NS-Verbrechen, eine aktive Feldsuche und den Austausch mit lokalen Behörden sowie schließlich ein *Mass Tracing* über die Medien.

Der Aufbau der Namenkartei begann bereits im Herbst 1945 beim CTB. Dafür übertrugen die Mitarbeiter\*innen alle wichtigen Informationen aus Suchanfragen auf Karteikarten, vor allem Personenangaben und Hinweise zur Verfolgung. Beim Einsortieren neuer Karten in die Kartei sollten Anfragekarten von Suchenden und Gesuchten aufeinandertreffen: ein *Meeting of Cards*, das es dem Suchbüro dann ermöglichte, beide Seiten miteinander in Kontakt zu bringen. Aber nur in wenigen Fällen kam es hierzu, weil viele Vermisste selbst keine Anfrage gestellt hatten oder dies nicht konnten, weil sie nicht mehr am Leben waren. Deshalb bildeten KZ-Dokumente und die



Unterlagen, die bei der alliierten Ausländersuchaktion gesammelt worden waren, eine zweite wichtige Basis für den Aufbau der Namenkartei. Sie enthielten Informationen über den Verfolgungsweg einer Person und oft auch Anhaltspunkte zum letzten Aufenthaltsort und Schicksal. Ab 1946 übertrug man auch diese personenbezogenen Informationen auf Hinweiskarten und sortierte sie in die ZNK ein. Dieser Vorgang, der so jahrzehntelang weiterbetrieben wurde, hieß beim ITS *Verkartung*. Die Sortierung der ZNK folgte einem alphabetisch-phonetischen System, das auch die Aussprache der Namen berücksichtigt und zuvor schon in der Kriegsgefangenenkartei des IKRK in Genf zur Anwendung gekommen war. Dieses System bot eine Lösung für Namensvarianten und -verschreibungen, zu denen es aufgrund der vielen Nationalitäten der NS-Verfolgten bei der Registrierung durch deutsche Verfolgungsinstanzen oder die alliierte Verwaltung der DPs oft gekommen war. Unabhängig von der Schreibweise liegen so alle Hinweiskarten zu einer Person unmittelbar hintereinander.

Parallel zum Aufbau der ZNK legte man in Arolsen ab 1947 für jede angefragte Person auch eine Fallakte an, die sogenannte *T-Akte* („T“ für *Tracing*). In diesen Akten wurden alle Schriftwechsel und Rechercheergebnisse zum Schicksal einer Person aufbewahrt. Traf später eine weitere Anfrage zur selben Person beim ITS ein, wurde die Akte weitergeführt. Konnten über eine Suche in der ZNK und im Archiv keine Hinweise gefunden werden, kontaktierte der ITS andere Suchstellen und lokale Behörden. In der unmittelbaren Nachkriegszeit fand darüber hinaus auch noch eine aktive Feldsuche an den Orten der vorherigen Haft und Verfolgung statt.

Daneben betrieb der ITS bis 1950 auch ein *Mass Tracing* über die Medien. Dafür erstellten die Mitarbei-

ter\*innen Listen mit Vermissten, die sie als Aushänge an DP-Camps verteilten oder über Zeitungen und Radiosendungen veröffentlichten. In Deutschland sowie in weiteren Ländern richteten Radios eigene Sendezeiten für das Verlesen der Suchlisten ein. Meist erfolgte die Veröffentlichung dort, wo man sich Informationen von Seiten der Leser\*innen und Hörer\*innen erhoffte, beispielsweise am früheren Wohnort der Vermissten.

Nicht selten war die Suche nach Vermissten jedoch eine Suche nach Toten. Deshalb erfolgte 1949 die Einrichtung eines Sonderstandesamtes bei der Stadt Arolsen. Dies ist die einzige Stelle, die Sterbefälle von KZ-Häftlingen beurkunden darf. Bis heute werden für Angehörige Sterbeurkunden ausgestellt, wenn sich der Tod im KZ auf Grundlage des Archivmaterials der *Arolsen Archives* oder durch Recherchen in Standesämtern und Gedenkstätten belegen lässt.

Für Kinder und Jugendliche organisierten die Alliierten eigene Suchstrukturen, die 1948 innerhalb des ITS zur *Child Search Branch* ausgebaut wurden. Diese Stelle hatte anfangs ihren Sitz in Esslingen beim US-amerikanischen Zonensuchbüro und zog nach dessen Auflösung 1950 nach Arolsen. Die ITS-Kindersuchabteilung hatte zwei große Aufgaben: Sie suchte ausländische Kinder, die Angehörige als vermisst meldeten, aber ermittelte und registrierte auch unbegleitete Kinder, um dann nach deren Eltern oder anderen Verwandten zu forschen. Dafür durchkämmten die Mitarbeiter\*innen beispielsweise deutsche Standesämter und Waisenhäuser auf der Suche nach Hinweisen zu vermissten und geraubten ausländischen Kindern.

Für all diese Suchaktivitäten waren die Sprachkenntnisse der zahlreichen DPs unter den ITS-Mitarbeiter\*innen ein enormer Vorteil. Als die meisten von ihnen in den 1950er Jahren auswanderten, erlebte

der ITS zugleich einen Wandel der an ihn gerichteten Anfragen. Denn ein Großteil der Anfragen, die in den 1950er und 1960er Jahren zu Hunderttausenden in Arolsen eintrafen, bezog sich auf Inhaftierungs- oder Aufenthaltsbescheinigungen für die westdeutsche Entschädigung. Anfragende waren hier zumeist nicht die ehemals Verfolgten, sondern Anwält\*innen oder Behörden, die Ansprüche stützen oder prüfen wollten.

Ab 1954 überstiegen solche Anfragen die Anzahl der Suchanfragen. Dadurch wurde die Suche immer mehr zu einer Recherche nach Informationen im Archiv und die Arbeit zu einer Art Verwaltungshandeln. Ausdruck dessen war auch eine Umbenennung der T-Akten in *Tracing/Documentation-Akten*, kurz: *T/D-Akten*. Diese werden bis heute (digital) für jede neu angefragte Person angelegt und weitergeführt. Für Auskünfte im Rahmen von Entschädigungsverfahren führte der ITS eine standardisierte Bescheinigung ein, in der Angaben über Inhaftierungsorte, Haftzeiten und die Gründe der Verfolgung angegeben wurden. Hierbei gaben die Mitarbeiter\*innen Angaben aus den Täterdokumenten wortgetreu wieder, ohne sie historisch einzuordnen. Dies war für viele ehemals Verfolgte problematisch, denn laut bundesdeutschem Entschädigungsgesetz (BEG) erhielten nur Personen eine Zahlung, die aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen verfolgt worden waren. Um beispielsweise Sinti und Roma, Homosexuelle oder sogenannte „Asoziale“ sowie fast alle nichtdeutschen NS-Verfolgten von Leistungen auszuschließen, lieferten die Auskünfte aus Arolsen den Behörden oft die Grundlage.

Nach dem BEG-Schlussgesetz von 1965 gingen die Anfragen beim ITS kontinuierlich zurück. Erst ab den späten 1980er Jahren erreichte Arolsen eine erneute Anfragewelle im Kontext neuer Debatten über Zwangsarbeiter\*innen und andere bis dato nicht entschädigte Opfergruppen, sowie insbesondere nach Ende des

Kalten Krieges, als erstmals deutsche Entschädigungen für NS-Verfolgte aus Ostmittel- und Osteuropa durchgesetzt werden konnten. Diese Hunderttausenden Anfragen pro Jahr führten beim ITS zu enormen Rückständen und teils jahrelangen Wartezeiten. Ab 2001 verschärfte sich diese Situation nochmals durch Zahlungen an ehemalige NS-Zwangsarbeiter\*innen durch die *Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“* (EVZ). Die Anträge prüften sieben internationale Partnerorganisationen der Stiftung EVZ, die den ITS in über 800.000 Fällen um Nachweise ersuchten. Um dem immensen Fallstau zu begegnen, führte die ITS-Leitung unter anderem eine ZNK-Kurzbearbeitung ein. Doch trotz dieser und anderer Maßnahmen blieben die extrem langen Wartezeiten, die damals in den Medien breit skandalisiert wurden, für die hochbetagten Überlebenden ein großes Problem.

Die Mehrzahl heutiger Anfragen – circa 20.000 pro Jahr – stammt von Nachkommen ehemaliger NS-Verfolgter, vor allem aus Polen, Russland, Deutschland, den USA, Frankreich und Israel, die mehr über das Schicksal ihrer Verwandten erfahren und Familiengeschichten rekonstruieren möchten. Zur Klärung ihrer Fragen werden Archivrecherchen durchgeführt und digitale Kopien der Archivadokumente mit erklärenden Informationen versandt. Vereinzelt kommt es aber auch heute noch zur Einleitung von Suchverfahren und zu Familienzusammenführungen.

### *Sammlung und Ordnung*

Für die Suche und Dokumentation war es unerlässlich, die papiernen Hinterlassenschaften der nationalsozialistischen Verbrechen zu sammeln, erschließen und zugänglich zu machen. Wichtige Hinweise fanden sich zudem in Unterlagen, welche die Alliierten nach Kriegsende bei der Registrierung und Unterstützung der DPs angefertigt hatten. Gemeinsam mit

der Namenkartei und den T/D-Akten bilden all diese Dokumente die *Arolsen Archives*.

Auf der Suche nach den Ursprüngen dieses einzigartigen Archivs stößt man jedoch zunächst auf eigene, selbst erstellte Ermittlungsunterlagen. Da viele NS-Verbrechen nicht oder nur schlecht dokumentiert waren, machte sich der ITS in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre selbst auf die Suche nach Beweisen. Um etwa Belege für die Todesmärsche zu sammeln, auf die viele KZ-Häftlinge in den letzten Kriegswochen gezwungen worden waren, erhielten Tausende Gemeinden und ehemalige Häftlinge Fragebögen. Auf dieser Basis rekonstruierten Mitarbeiter\*innen die Marschrouten und Todesorte. Vor Ort führte man Exhumierungen durch, um Hinweise zur Identität der Opfer zu finden – etwa Häftlingsnummern, die auf der Kleidung sichergestellt und mit Angaben in KZ-Dokumenten verglichen werden konnten. So gelang es, viele Opfer der Todesmärsche zu identifizieren. Diese Sammlung von Ermittlungsunterlagen und eine ähnliche Sammlung mit Tausenden Fragebögen, in denen ehemalige Häftlinge Auskünfte über kaum bekannte Inhaftierungsorte gaben, zählten zu den ersten Unterlagen in Arolsen.

Eine zweite Säule des Archivs war die bereits erwähnte Namenkartei. Die allermeisten Dokumente, auf die diese Kartei hinwies, lagerten anfangs aber noch nicht in Arolsen, sondern in den Zonensuchbüros. Erst nach deren Auflösung, als in den frühen 1950er Jahren neben der Suche die Dokumentation der Verfolgung für Entschädigungszwecke an Bedeutung gewann, wuchs in Arolsen ein Archiv, das auch als solches bezeichnet wurde. Zuerst entstand die *Abteilung Konzentrationslager-Dokumente*. Sie verwahrte die wertvollen Unterlagen, die die Alliierten und Überlebende in Buchenwald, Dachau, Mauthausen und anderen Lagern hatten retten können. Aber

hierhinein flossen auch viele andere Unterlagen, die unterschiedliche Stellen über KZ-Häftlinge angelegt hatten – von Dokumenten oberster Reichsbehörden bis zu Listen befreiter Überlebender, erstellt von Hilfsinitiativen in der frühen Nachkriegszeit.

Bis 1952 erhielt der ITS von den aufgelösten Zonensuchbüros auch Hunderttausende Listen über ausländische Zwangsarbeiter\*innen, die im Rahmen der Ausländersuchaktion von deutschen Stellen angefertigt worden waren. Diese Unterlagen bildeten den Kern der neuen *Abteilung Kriegszeit-Dokumente*, ergänzt um Registrierungsunterlagen ausländischer Zwangsarbeiter\*innen von hunderten Firmen und Behörden. Schließlich gelangten Ende 1952 über 30 Tonnen alliierter DP-Registrierungsunterlagen nach Arolsen, ein gewaltiger Zuwachs, der die Einrichtung der *Abteilung Nachkriegszeit-Dokumente* notwendig werden ließ. In allen drei Abteilungen etablierte sich die gleiche Ordnung: Dokumente zu einer Person sortierte man in große alphabetische Karteien. Namenslisten wanderten hingegen in Ordnerserien, intern gegliedert nach verschiedenen Sachbetreffen, geographischen oder auch chronologischen Aspekten.

Die Grundordnung des Archivs folgte damit nicht dem in der Archivwelt vorherrschenden Provenienzprinzip, demzufolge die Unterlagen einer Stelle von einem zuständigen Archiv als Einheit verwahrt werden sollen, sondern dem Ziel einer möglichst effizienten namensbezogenen Auswertung. Für eine professionelle archivische Behandlung und die Nutzung der Dokumente durch Forscher\*innen ist diese Besonderheit bis heute eine große Herausforderung.

Eine weitere Besonderheit der *Arolsen Archives* resultiert aus dem Ziel der namensbezogenen Auswertung: Archivalien kennzeichnet nach klassischer Definition ihre Einzigartigkeit. Anders als gedruckte Bücher sind

sie üblicherweise nur an einem Ort vorhanden. Aber der ITS integrierte nicht nur Originale, sondern auch Millionen von Kopien in sein Archiv. Schon seit der Gründung hatte der ITS Dokumente gesucht. Doch als seit den 1980ern klar wurde, dass man insbesondere zu vielen ehemaligen Zwangsarbeiter\*innen und Opfern des Holocaust aus Ostmittel- und Osteuropa keine Hinweise besaß, nahm diese Aktivität stark zu.

Mit Mikrofilmkameras und später mit Digitaltechnik ausgerüstet reisten Mitarbeiter\*innen durch die Bundesrepublik und Europa und fertigten Millionen von Dokumentenkopien an. Konnten so wertvolle Bestände gesichert und wichtige Nachweise erbracht werden, die Zehntausende hochbetagte NS-Verfolgte für ihre Entschädigungsanträge benötigten, hatte diese Aktivität zugleich auch Schattenseiten. Denn oft schwärzten ITS-Mitarbeiter\*innen in den erworbenen und kopierten Unterlagen die Namen aller Häftlinge, die sie nicht zur Zielgruppe der Ausländer und NS-Verfolgten zählten. Hierbei legte man das Entschädigungsgesetz aus den 1950ern zugrunde, obwohl es viele Opfer des Nationalsozialismus ausgrenzte und daher seit den 1980er Jahren in die öffentliche Kritik geriet. Dies zeigt, wie sehr sich die Einrichtung in Arolsen abgeschottet hatte und wie stark neue gesellschaftliche Diskussionen und Forschungen über „vergessene Opfer“ am ITS und seinen Mitarbeiter\*innen vorbeiliefen.

Zu jener Zeit sah der ITS das Archiv ausschließlich im Dienst einer „humanitären Aufgabe“ und war daher fast nur an personenbezogenen Informationen in der eigenen Sammlung interessiert. Die stetig wachsende ZNK ist hierfür ein ebenso eindrückliches Zeugnis wie die *T/D-Akten*, die über die Jahrzehnte selbst zu wertvollen historischen Unterlagen geworden sind, weil sie vielfach Selbstzeugnisse und wichtige Informationen zum Verfolgungsgeschehen sowie zu Wegen in der Nachkriegszeit enthalten, zu denen sonst

keine Überlieferung existiert. Wie sie waren auch die historischen Dokumente, zu denen nur die Mitarbeiter\*innen Zugang hatten, Arbeitsmittel, die tagtäglich intensiv genutzt, aber nur wenig geschützt wurden.

Hieraus erwachsen zwei große, zusammenhängende Aufgaben, welche die *Arolsen Archives* beschäftigen und weiter beschäftigen werden: Digitalisierung und Bestandserhaltung. Die Digitalisierung des Archivguts begann in Bad Arolsen Ende der 1990er Jahre. Derzeit sind schon über 85% der Bestände gescannt – eine Quote, die so hoch ist wie in kaum einem anderen Archiv. Und dennoch ist dieser Großprozess, der sich durch neue Techniken und Anforderungen laufend verändert, noch lange nicht abgeschlossen. Diente die Digitalisierung zuerst dazu, die Auskünfte zu beschleunigen, so erlaubt sie heute einen ganz anderen Zugang – nicht nur in den Leseräumen in Bad Arolsen und bei ausgewählten Partnern, sondern auch im Internet.

Die Digitalisierung bildet zugleich ein wichtiges Element der Bestandserhaltung. Nicht nur weil die fragilen Dokumente selbst anschließend nur noch in Ausnahmen genutzt werden müssen. Im Scanprozess werden sie zugleich auch von schädlichem Metall befreit und neu verpackt. Viele Dokumente bedürfen jedoch komplizierterer Behandlungsmethoden, etwa der Entsäuerung, die das qualitativ schlechte Papier aus den 1940er Jahren vor weiterem Zerfall schützt. In der Digitalisierung und Bestandserhaltung zeigt sich am deutlichsten, wie sich das Bewusstsein für den Wert historischer Dokumente gewandelt hat: Die papierne Basis des nationalsozialistischen Verfolgungsapparats, die später als Arbeitsinstrument der Suche und Schicksalsklärung diente, besitzt heute den Status eines weltweit bedeutenden Kulturguts, das als Fundament der Erinnerung dauerhaft geschützt und öffentlich zugänglich gemacht werden muss.

### Offenheit vs. Abschottung

Die Frage des Zugangs zum und der Nutzung des Archivs für Forschung, Bildung und Gedenken war jahrzehntelang umstritten. Phasen der Offenheit und Abschottung lösten einander ab. Entscheidend für die diesbezügliche Ausrichtung der Institution waren meist die Direktoren, die während ihrer Amtszeit eine spezifische Leitungskultur etablierten.

Unter alliierter Leitung sowie unter den ersten vom IKRK ernannten Direktoren betrieb der ITS bis Anfang der 1980er Jahre immer wieder eigene Forschungsprojekte, die auf der zentralen Aufgabe der Schicksalsklärung beruhten. Denn für die Beantwortung vieler Auskünfte fehlte oft spezifisches Wissen über einzelne Haftorte und Verbrechenskomplexe, etwa die medizinischen Experimente an KZ-Häftlingen. Um Wissen zu erarbeiten, werteten Mitarbeiter\*innen die Dokumente thematisch aus, recherchierten an den Orten der Verbrechen und befragten Überlebende. Das so gewonnene Wissen wurde in speziellen Karteien, auf Landkarten und in Verzeichnissen festgehalten, etwa in den *Haftstättenverzeichnissen* des ITS. Mit Befragungen Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre schuf der ITS so zeitnahe Zeugnisse, die für die Forschung heute wichtige Quellen bilden. Dadurch etablierte er sich zur zentralen Anlaufstelle für Behörden, wenn es im Rahmen von Entschädigungsverfahren um die Bewertung und Anerkennung einzelner Lager ging. Durch diesen erweiterten Nutzungskontext wurde die Arbeit des ITS Teil vergangenheitspolitischer Auseinandersetzungen. Immer wieder kam es zu Spannungen mit der Bundesregierung, die darauf drängte, dass der ITS nur solche Haftstätten in sein Verzeichnis aufnahm, die man im Rahmen der Entschädigung anzuerkennen bereit war – also etwa Konzentrationslager, nicht jedoch die Zehntausenden Lager für Zwangsarbeiter\*innen.

Parallel hierzu konnten ab den späten 1960er Jahren Überlebende, Wissenschaftler\*innen und Gedenkinitiativen auch selbst beim ITS forschen. Und in Arolsen unterstützte man zugleich große Projekte, vor allem das Gedenkbuch des Bundesarchivs über die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Diese Phase der Offenheit war stark mit dem damaligen Direktor Albert de Cocatrix verbunden. Er war bereits 1955 als stellvertretender Direktor nach Arolsen gekommen und leitete den ITS von 1970 bis 1977. Er positionierte die Einrichtung an der Seite der Überlebenden und betrieb einen intensiven Austausch mit Opferverbänden.

Dieser Phase der Offenheit setzten der folgende Direktor Philipp Züger und sein Stellvertreter Charles-Claude Biedermann, der ab 1985 die Leitung übernahm, rasch ein Ende. Gemeinsam schlossen sie schrittweise das Archiv und wickelten die historischen Projekte ab. Die Abschottung von jeglicher Forschung begründeten sie zum einen mit dem Selbstverständnis des IKRK als neutraler humanitärer Einrichtung und mit einer engeren Interpretation der in den Bonner Verträgen 1955 festgelegten Aufgaben des ITS. Zum anderen argumentierten sie auch mit Datenschutzfragen und Persönlichkeitsrechten, die in der Bundesrepublik in den frühen 1980er Jahren an politischer Bedeutung gewannen. Die neue Sensibilität für persönliche Daten berührte beim ITS vor allem die Sammlung weiterer Dokumente: Sozialversicherungen wurden nun sehr vorsichtig und viele Unternehmen waren nur bereit, Dokumente auszuhändigen, wenn diese damit nicht auch Dritten zugänglich wurden – zum Beispiel kritischen Historiker\*innen.

Der neue Kurs der ITS-Leitung wurde von Anfang an von Protesten begleitet. Denn gerade in den 1980er Jahren begannen in der westdeutschen Gesellschaft intensive Debatten über die NS-Vergangenheit. Unter

dem Motto „Grabe wo du stehst“ beschäftigten sich Gedenkinitiativen mit verschütteter NS-Geschichte vor Ort und solidarisierten sich mit „vergessenen Opfern“. Sie warfen dem ITS eine Verhinderung der Aufarbeitung der NS-Geschichte sowie „Täterschutz“ vor. Trotzdem stützte der *Internationale Ausschuss*, das Leitungsgremium des ITS, den Kurs der Direktion. 1984 fasste er den Entschluss, dass die Sammlung weiterer Dokumente für die humanitäre Aufgabe Vorrang habe vor den Interessen von Forschung und Öffentlichkeit. Auch die Bundesregierung als Geldgeberin des ITS trug diesen Kurs entschieden mit.

Neue Proteste gegen die Abschottung des Archivs artikulierten ab Mitte der 1990er Jahre Opferverbände, die Leitungen diverser KZ-Gedenkstätten, Forscher\*innen, aber auch engagierte Einzelpersonen. In zahlreichen Resolutionen betonten sie den Wert der in Arolsen aufbewahrten Dokumente für Forschung und Gedenken. Zugleich skandalisierten sie die langen Wartezeiten auf Auskünfte im Rahmen der Entschädigung. Der ITS reagierte 1996 mit einer Teilöffnung – wenige Dokumente ohne personenbezogene Informationen waren nun prinzipiell einsehbar, auch wenn die Nutzungspraxis sich schwierig gestaltete. Dieser Schritt konnte den Protest jedoch nicht beenden. Die Frage der Archivöffnung stand seit den späten 1990er Jahren jährlich auf der Agenda der Sitzungen des *Internationalen Ausschusses*. Aber erst 2007 konnte die erneute Archivöffnung durchgesetzt werden. Diese späte Kehrtwende ist vor allem dem unermüdlichen Engagement Paul Shapiros vom *United States Holocaust Memorial Museum* (USHMM) zu verdanken, der über Jahre politischen und medialen Druck aufgebaut hatte.

Als Konsequenz der Öffnung zog sich 2012 das IKRK aus der Leitung des ITS zurück. Der *Internationale Ausschuss* übernahm selbst die Verantwortung zur

Ernennung der Direktoren und forcierte einen Kurs der stärkeren Modernisierung, Öffnung und Vernetzung des ITS. Im selben Jahr folgte die Anerkennung der Sammlungen als UNESCO-Weltdokumentenerbe. Seitdem hat die Einrichtung einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen: Das Archiv und die Auskunftstätigkeit wurden professionalisiert; Forschung und Bildung kamen als neue Aufgaben hinzu. Ein wichtiges Ziel ist es, die Sammlungen weltweit online zugänglich zu machen und gemeinsam mit Partnern neue Wege der Erinnerung und Vermittlung zu erproben. Ausdruck dieses Wandlungsprozesses ist auch der 2019 eingeführte neue Name: *Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution*. In einem Europa, in dem der über Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg mühsam geschaffene soziale und politische Zusammenhalt schwindet, bleibt die Dokumentation der nationalsozialistischen Verbrechen und ihrer Opfer eine wichtige Aufgabe. Dies umso mehr, je weniger Zeitzeugen es gibt, die ihre Stimme erheben und von der Verfolgung berichten können.